

Konferenz Bonn-London-Paris

Besorgnis wegen Frankreichs Widerstand gegen die Freihandelszone

Bonn/London (ap/dpa). Der Widerstand Frankreichs gegen die Freihandelszone, die am 1. Januar 1959 geschaffen werden und den Gemeinsamen Markt der sechs Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ergänzen soll, wird das Hauptthema der Besprechungen zwischen den Außenministern Frankreichs und Großbritanniens am Donnerstag in London sein. Darüber hinaus möchte die britische Regierung, daß auch die Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens und der Bundesrepublik sich auf einer Konferenz mit diesem Thema, das die Einheit der europäischen Verbündeten stört, beschäftigen.

In Bonn warnte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Professor Müller-Armack, vor einem Scheitern der Freihandelszone, da dies nicht ohne Rückwirkungen auf die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bleiben könne. Eine Wirtschaftsgemeinschaft ohne Freihandelszone sei aber nicht denkbar.

Müller-Armack warf Frankreich vor, auf der letzten Konferenz des sogenannten Maudling-Ausschusses in Paris die Verhandlungen über die Freihandelszone erschwert zu haben. Nach deutscher Ansicht aber seien die Beschlüsse von Venedig und Brüssel über die Schaffung dieser Zone verbindlich. Frankreich habe damals zur Freihandelszone „ja“ gesagt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt seien. Um so mehr habe jetzt die französische Haltung überrascht.

Kompromißplan

Wie Müller-Armack mitteilte, hat die deutsche Delegation auf der Pariser Tagung eine Ausgleichsformel vorgeschlagen, die den Ländern der Freihandelszone unter bestimmten Voraussetzungen die Autonomie der Zollpolitik beläßt, andererseits aber die Interessen der von der autonomen Zollpolitik des Landes betroffenen anderen Länder berücksichtigt.

Außer Frankreich hätten alle Teilnehmer der Konferenz den

deutschen Kompromißplan gutgeheißen. Sowohl bei der Mehrheit der EWG-Länder als auch bei den übrigen elf OEEC-Ländern bestehe ein wesentlicher Einigkeit darüber, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wenigstens die Zollsenkungen vorgenommen werden sollten, die bei Schaffung der Freihandelszone vorgenommen worden wären. Der Maudling-

Ausschuß werde am 13. und 14. November erneut zusammentreten.

In Frage und Antwort stellte Müller-Armack weiter fest, daß die Bundesrepublik oder andere EWG-Partner beim Scheitern der Freihandelszone nicht daran dächten, Ausnahmebestimmungen des EWG-Vertrages in Anspruch zu nehmen. Eine Auflösung der Europäischen Zahlungsunion als eventuelle Folge gescheiterter Verhandlungen erwähnte er nicht direkt, versicherte jedoch, es sei „sehr gefährlich, mit der Währung zu spielen“ und das System der multilateralen Abrechnung in Frage zu stellen. „Die Konsequenzen wären nicht abzusehen.“

Kontrollstationen in der UdSSR?

Gegensätze der Genfer Atomkonferenz noch nicht überbrückt

Genf (ap/dpa). Die Genfer Konferenz der drei Atommächte über die Einstellung der Kernwaffenversuche hat sich auf ihrer zweiten Arbeitssitzung weder über die Tagesordnung der künftigen Sitzungen noch über den sowjetischen Entwurf für ein Abkommen zur Einstellung der Versuche einigen können. Vorschläge für die Tagesordnung waren sowohl von den Westmächten als auch von der Sowjetunion eingereicht worden. Den Vorsitz der zweistündigen Sitzung hinter verschlossenen Türen führte turnusgemäß der britische Delegierte Ormsby-Gore.

Der Gegensatz zwischen der westlichen und der östlichen Auffassung in entscheidenden Fragen ist noch unüberbrückt. Trotzdem wird das „allgemeine Konferenzklima“ von politischen Beobachtern als nicht schlecht

bezeichnet. Im Konferenzgebäude hält sich hartnäckig das Gerücht, daß die sowjetische Delegation bereits ihr Einverständnis zur Errichtung von Kontrollstationen auf sowjetischem Gebiet zu erkennen gegeben hat. Eine entsprechende Erklärung gab der sowjetische Delegationschef am Montag vor Beginn der Sitzung einer britischen Frauendelegation.

Der einzige Punkt, über den bisher eine formelle Einigung erzielt wurde, war der Name der Konferenz, die unter dem Titel „Konferenz zur Einstellung der Kernwaffenversuche“ weitergeführt werden soll. Mit dieser Formulierung glaubt man, eine Kompromißlösung gefunden zu haben, da unter „Einstellung“ weder eine definitive „Beendigung“ noch eine zeitweilige „Unterbrechung“ zu verstehen ist.

Man spricht miteinander

K. W. B. Wieviel Widersprüchliches in der Welt möglich ist, davon zeugt die Konferenz, die am Freitag im Genfer Völkerbundpalast begonnen hat. Sowjets sprechen nun wieder mit Amerikanern und Engländern. Sie finden sich zusammen, obwohl Moskau seit Wochen alles getan hat, um das Gespräch von vornherein zu einer Farce zu machen. Soll man sich mehr wundern über die Verwegenheit, mit der trotz ihrer Kriegsführung gegen den Westen die Delegierten Moskaus am Genfer Verhandlungstisch erschienen sind, oder über die geduldige Langmut, mit der sich, von neuen kräftigen Noten und Zeitungs- und Rundfunkerklärungen bombardiert, die amerikanischen und britischen Abgesandten in Genf an den gemeinsamen Verhandlungstisch setzen? Das schwere Trommelfeu, das Gromyko und Sorin in der UNO gegen alle konkreten Absichten der Atomkonferenz schon im voraus abgefeuert haben, schien die seit Ende August geplante neue Genfer Konferenz im voraus unmöglich zu machen. Es war so herausfordernd, daß die Vermutung nahelag, Moskau wüßte, den Partnern vom Juli dieses Jahres die Absage der Konferenz in den Mund zu legen.

★

Die USA und England verdroß gewiß das politische Feuergefecht gegen sie, aber sie taten den Moskauer kalten Kriegern nicht den Gefallen, die Konferenz abzusagen. Sie ließen sich auch nicht dazu hinreißen, als Moskau in der letzten Woche mit seinem Verhalten gegenüber dem mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Pasternak die westliche Welt so düpierte wie nur mit wenigen früheren Äußerungen seiner zutiefst terroristischen Natur. Man hätte wohl an eine Geste der Demonstration denken können — an eine Absage, mit denen zu verhandeln, die so eklatant das Recht auf Menschenwürde mit Füßen treten. Die Stimmung gegen die Sowjetunion, die sogar dem eige-

nen Staatsbürger das Recht nimmt, die Anerkennung einer überparteilichen, weltweiten Fachwelt entgegenzunehmen, ist mächtig angeschwollen. Der Mensch in den westlichen und neutralen Breiten des Erdballs spürt deutlicher als bei den Problemen der Tagespolitik, daß es sich bei dem Angriff auf den Sowjetbürger Boris Pasternak um den Angriff auf den Menschen, um die grenzenlose Mißachtung des Menschen überhaupt handelt. Die ganze freidenkende Welt fühlt sich durch die Vorgänge um Pasternak so sehr beleidigt, weil ja sehr viele Menschen in ihr bereit waren, an eine, wenn auch bescheidene Liberalisierung im sowjetischen System zu glauben oder zumindest darauf zu hoffen. Der Fall Pasternak hat mit einer demonstrativen Heftigkeit nicht nur die Fragwürdigkeit der Sowjetunion in politischen, sondern auch in allen menschlichen Problemen als aktuelle Erkenntnis aufgeworfen. Dies besonders für die, die mit tumber Beredsamkeit seit langem dafür warben, in den Absprachen der Sowjetunion doch endlich die gleiche Redlichkeit der Absichten zu erkennen, wie die Moskauer dies mit ihrer Propaganda kundtun.

★

Obwohl solche böse Ernüchterung uns an die menschenverachtende Politik der Sowjetunion zwingend erinnert, müssen wir ihr Auge in Auge gegenüberreten. Der Westen kann das nicht tun, indem er sich auf den Standpunkt stellt, Atomkontrolle etwa habe nichts mit der Unterdrückung der Freiheit zu tun. Er kann nicht an den Verhandlungstisch treten mit dem Wunsch, das Politische und Ideologische auszuklammern und sich streng an die politikfreie Sachlichkeit zu halten. Wenn auch der westliche Verhandlungspartner es vermöchte, sich lediglich auf das Gespräch über die Sache zu konzentrieren — der sowjetische stellt, ohne daß es dem westlichen Beobachter vielleicht immer erkennbar wird, den politischen Zweck vor die zu verhandelnde Sache. Für die jetzt in Genf eingeleitete Expertenkonferenz gilt dies schon in erhöhtem Maße. Man war auf westlicher Seite geneigt,

die im Sommer in Genf zwischen sowjetischen, amerikanischen und britischen Sachverständigen erfolgreich abgeschlossene Übereinkunft über die Möglichkeit der Kontrolle von Atomexplosionen lediglich als einen Erfolg politikfreier sachlicher Beratungen anzusehen. Den sowjetischen Wissenschaftlern war jedoch in diesen Genfer Sommerwochen nicht ohne Grund schon ihr jetziger Delegationschef, Botschafter Tscharapkin, beige-

★

Der Genfer Konferenz sagt heute niemand einen ähnlich günstigen Verlauf wie der Zusammenkunft der Wissenschaftler vom Juli voraus; denn die Forderungen der Sowjets sind allzu deutlich von der Absicht bestimmt, die eigene Rüstungsstärke durch einen Verzicht des Westens auf seine einzige Überlegenheit, die Atomrüstung, noch mehr zu erhöhen. Das macht die Genfer Konferenz natürlich zu einer politischen Konferenz größten Stils. Die westlichen Verhandlungspartner werden deshalb um so kräftiger bestrebt sein, sie von dem propagandistischen Nebel zu befreien, mit dem die Sowjets, wenn sie nun schon nach Genf gekommen sind, den realpolitischen Ertrag der Konferenz in Frage stellen. Natürlich klingt dem arglosen Beobachter der angenehmer in den Ohren, der für den bedingungslosen Verzicht von Atomexplosionen für alle Zeiten eintritt — als der, der zunächst einmal eine gemeinsame Einstellung der Versuche für ein Jahr befürwortet. Bei den Verhandlungen mit den sowjetischen Partnern aber ist eben Arglosigkeit heute mehr als früher noch ein schlechter Helfer. Man soll sich erinnern, daß die Sowjets vor noch nicht langer Zeit den Wunsch nach einem Atomexplosionsverzicht auf zwei Jahre ausgesprochen haben. Das war zu einer Zeit, als sie noch nicht das amerikanische Potential übersahen und selbst weit zurücklagen. Heute haben sie trotz ihrer unvergleichlich umfangreichen konventionellen Rüstungsstärke auch atomar kräftig nachgeholt. Nun wollen sie das Ganze. Sie sagen: Schluß mit allen weiteren Atom-

Fortsetzung auf Seite 3

(Fortsetzung von Seite 2)

explosionen für alle Zeiten. Da sie wissen, daß ihnen damit in der Tat das Alleinrecht auf die Bewaffnung der Welt zufiele, sie aber nicht annehmen können, daß sich solchermaßen der Westen freiwillig unter die Knute Moskaus beugen würde, muß man befürchten, daß sie überhaupt an keiner Beschränkung der Atomrüstung interessiert sind.

★

Dies herauszufinden, wird nicht das unwichtigste Ziel der Genfer Tagungswochen sein. Eine Abrüstungskonferenz wird sie und auch die ihr am 10. November folgende weitere Konferenz nicht sein. Aber sie kann echte Voraussetzungen für eine künftige Abrüstung schaffen —

SED will Flüchtlinge zurückholen

„Keine Strafe allein wegen Republikflucht zu befürchten“

Berlin (Eigenmeldung). Die kommunistische „Berliner Zeitung“ behauptete in einem Kommentar, daß bisher noch kein einziger rückgekehrter Sowjetzonen-Flüchtling allein wegen Republikflucht bestraft worden sei. Das Ostberliner Blatt beschuldigte die westdeutschen Behörden in diesem Zusammenhang, die Rückkehr von Sowjetzonen-Flüchtlingen mit allen Mitteln zu verhindern und das Gerücht zu verbreiten, daß jeder Rückkehrer nach dem sowjetzonalen Paßgesetz mit mindestens sechs Monaten Gefängnis zu rechnen habe. Dagegen betonte das Blatt: „Wir bestrafen nicht die Opfer der psychologischen Kriegführung. Wer natürlich bei seiner Republikflucht auch noch eine fremde Kasse mitnahm, kann bei seiner Rückkehr nicht erwarten, daß Justitia dazu beide Augen zu drückt.“

Gegenteilige Beispiele

Der „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ hat die Behauptung der kommunistischen „Berliner Zeitung“ nachdrücklich als unrichtig bezeichnet. Unter mehreren Beispielen nennt der Ausschuß die am 16. April dieses Jahres erfolgte Verurteilung der freiwillig zurückgekehrten Angestellten Margot Frobol durch das Ostberliner Stadtgericht zu zehn Monaten Gefängnis wegen „Re-

wenn sie die Sowjets hartnäckig nötigt, einzugestehen, daß Verhandlungen über den Abbau der Atomrüstung nur als Teil einer allgemeinen Abrüstungs-Kontrollbewegung geführt werden können. Die Sowjets wollen an dieser Gesamtverantwortung vorbeigehen. Wenn man sich mit ihnen zusammensetzt, wird man jedes Verhandlungsdetail unter die Notwendigkeit solcher Gesamtverantwortung stellen müssen. Das muß der Propagandadiplomatie des Kremls den Wind aus den Segeln nehmen, so wenig weit man auf dem Weg der Verständigung zunächst auch damit kommen wird. Zur echten Mitverantwortung für die Befriedung der Welt aber kann man anders Moskau nicht bringen.

publikflucht“. Wegen des gleichen Deliktes erhielt der ebenfalls freiwillig aus der Bundesrepublik zurückgekehrte Horst Bernhardt erst am 6. Oktober dieses Jahres vom gleichen Gericht eine viermonatige Gefängnisstrafe. In beiden Fällen lagen dem Urteil keine kriminellen Verfehlungen zugrunde. Nach Feststellungen des Untersuchungsausschusses leiten die

Zonenbehörden außerdem in jedem Fall gegen Sowjetzonen-Flüchtlinge Fahndungsmaßnahmen ein.

Pankow bildet Agenten aus

Lüneburg (dpa). Vor der Politischen Strafkammer des Landgerichts in Lüneburg berichtete jetzt ein Zeuge eingehend über die systematische Ausbildung von Agenten der Sowjetzonen-Gewerkschaft FDGB und über deren Arbeitsweise in der Bundesrepublik. Der Zeuge ist ein in die Bundesrepublik geflüchteter ehemaliger Sowjetzonen-Agent.

Nach den Angaben dieses Mannes werden ausgesuchte „linientreue“ SED- und FDGB-Mitglieder in einer Sonderschule des FDGB in Strausberg bei Berlin zu Diskussionsleitern und Instruktoren ausgebildet. Die Sonderschule ist als Ferienheim getarnt. Die Schulungsteilnehmer werden, wie der Zeuge berichtet, unter anderem darauf gedrillt, Verbindung mit Vereinen in der Bundesrepublik aufzunehmen, die schon einmal in der Sowjetzone zu Gast waren. In der Bundesrepublik gebe es ein gutorganisiertes Netz von Helfershelfern, die die Agenten empfangen, weiterleiten und für sie Verbindungen zu den Betrieben und Vereinen herstellen.

UNO-Appell an die Atommächte

Afro-asiatische Staaten stimmten nicht für Moskau

New York (dpa). Der Politische Ausschuß der UNO-Vollversammlung appellierte in einer Resolution an die Sowjetunion, die USA und Großbritannien, während der Genfer Konferenz keine neuen Atomwaffenversuche zu unternehmen. Bei der Abstimmung über diese westliche Resolution zeigte sich die Isolierung des Sowjetblocks in der Abrüstungsfrage. Die Entschließung wurde mit 49 Stimmen bei neun Ablehnungen und 23 Enthaltungen angenommen. Gegen die Resolution stimmten die neun Länder des Ostblocks.

In der Entschließung, die der UNO-Vollversammlung zur Billigung vorgelegt wird, werden alle Staaten, die gegenwärtig keine Kernwaffen erzeugen, aufgefördert, keine Vorbereitungen

zur Produktion solcher Waffen zu treffen. Frankreich, das bisher noch keine Kernwaffenversuche vorgenommen hat, gehörte zu den Ländern, die sich der Stimme enthielten.

Noch eindeutiger für den Westen verlief die Abstimmung über einen Antrag Japans, Schwedens und Österreichs, der mit 52 Stimmen bei 19 Enthaltungen und neun Gegenstimmen des Sowjetblocks angenommen wurde. UNO-Delegierte wiesen darauf hin, daß hierbei afrikanische Länder, wie Tunesien und der Sudan, für den Westen stimmten und sich kein arabisches Land dem sowjetischen Standpunkt anschloß. In dieser Resolution drückt der Politische Ausschuß die Hoffnung aus, daß es zu einem für alle annehmbaren Übereinkommen kommt.

Morgens um 8 geschlossen zur „Wahl“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Die SED - Propaganda will Deutschland in zwei Hälften teilen, in eine gute und eine böse. Die Zahl der Verbrechen in der Bundesrepublik wird der Zahl der neuerbauten Kinderkrippen in der Zone gegenübergestellt. Die krasse Schwarzwelweißerei ist die größte Gefahr und der größte Unsinn dieser Zeit. Ist es nicht bedauerlich, daß deutsche Menschen so etwas schreiben, drucken und lesen müssen?

LEIPZIG

Weiter Reisebeschränkungen. Auf dem Volkspolizeikreisamt 2 wird den Antragstellern erklärt, nur der dürfe nach dem Westen fahren, der die DDR dort würdig vertrete. „Wer fährt, bestimmen wir.“

250 Privatbetriebe warten auf Entscheidung. Eine Brigade des Ministeriums der Finanzen stellte in Leipzig fest, daß dort noch 250 Eigentümer von Privatbetrieben warten, ob sie eine staatliche Beteiligung bekommen. Eine indifferente Einstellung der Antragsteller zum Staat, heißt es in der Erklärung, dürfe kein Grund zur Ablehnung sein, denn die Gewährung einer solchen staatlichen Beteiligung habe „erzieherischen Einfluß“. Die antragstellenden Besitzer müßten jedoch den politischen Realitäten mehr Rechnung tragen und dürften keine überhöhten Tätigkeitsvergütungen verlangen, die mit der Qualifikation des geschäftsführenden Komplementärs nicht in Einklang zu bringen seien.

MAGDEBURG

„Gefahr droht — Milch kann Gift sein“ heißt eine Sonderillustrierte, die als Waffe für den Agitator von der Bezirksleitung der SED in Magdeburg verteilt wird. Darin stehen sogenannte Enthüllungen wie z. B.: „Durch amerikanische Atombombenexplosionen versuchte Regenwolken hatten sich an Bergen der Bayerischen Alpen, des Allgäu und des Schwarzwaldes entladen und haben die fruchtbaren Weiden an den Gebirgshängen und in den Tälern vergiftet. Vieh er-

krankte. Bei immer mehr Menschen zeigten sich Herzerkrankungen, Kreislaufstörungen und Schlaflosigkeit. Es grassieren Leukämie, Krebs und Kindersterblichkeit.“ Diese und weitere Parolen sollen bis zur Wahl am 16. November ständige Begleiter aller Referenten und Agitatoren sein.

Ausspracheabend über Sorgen der Bevölkerung. SED-Funktionäre nannten die Gründe für die Sorgen der Bevölkerung und sagten, es läge an der Unbeweglichkeit mancher staatlichen Leitungen, am herzlosen Administrieren und in dem Unglauben an die Kraft der Arbeiter und Bauern.

WURZEN

Postsachen verschwinden. Mehrere Einwohner, die Angehörige in der Bundesrepublik haben, beklagen sich über das Verschwinden von Postsendungen. Einschreibebriefe seien zurückerkommen, um zu verhindern, daß die Angehörigen mit „Republikflüchtigen“ Kontakt bekämen. Beschwerden nutzten nichts. Bewohner der Stadt wurden zum Teil vorgeladen, um Beauftragten der Polizeibehörden Auskunft über Verbindungen nach Westdeutschland zu geben.

Panzerfahrer verpflichten sich. Auch Angehörige der „Nationalen Volksarmee“ müssen eine Verpflichtungsmappe zu Ehren der „Volkswahlen“ zusammenstellen. Panzerfahrer haben sich demnach verpflichtet, die Nutzungsnorm ihrer Fahrzeuge um 100 Motorstunden zu unterbieten. Im übrigen: „Morgens um 8 Uhr wird geschlossen zur Wahl marschiert!“

OEBISFELDE

Als böswillige Gerüchte wurden Gespräche der Bevölkerung kritisiert, es seien Vorbereitungen im Gange, die Berlin-Reisen durch neue Formalitäten oder einen Ausweismtausch zu kontrollieren. Außerdem sei das Gerede von schleichenden Preiserhöhungen eine „negative Stimmungsmache“. Wo solche Erscheinungen auftreten, müßte man diesen energisch zu Leibe rücken und bei den zuständigen Organen der Staatsmacht „Krach“ schlagen. Auf einer Wahlversammlung wurde die Frage nach der Schaffung eines „Kleinen Grenzverkehrs“ entlang der Demarkationslinie abgelehnt. Es hieß „Der Feind lauere wenige Kilometer von der Grenze, um die Arbeiter- und Bauernmacht zu überfallen“. Westdeutschland sei Hauptkriegszentrum!

Bruderzwist in der dänischen KP

„Titoisten“ gegen „Kremltreue“ — Larsen ausbooten?

Kopenhagen (ap). Auf dem Kongreß der dänischen Kommunistischen Partei ist es bereits in den ersten Stunden zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem „titoistischen“ Flügel unter dem Parteivor-sitzenden Aksel Larsen und der moskautreuen Gruppe gekommen. Der Führer der „Kreml-treuen“, Parteisekretär Poul Thomsen, griff scharf ein Memorandum des Parteivorsitzenden an, in dem Larsen eine selbständigere Politik der dänischen Kommunisten gefordert hatte, damit sie das Vertrauen der Wähler gewinnen könnten. Larsen hatte eine kritischere Haltung gegenüber Moskau

empfohlen, Jugoslawien als sozialistisches Land gelobt und die Hinrichtungen ungarischer Kommunisten verurteilt.

Thomsen erklärte, dieses Memorandum habe „Wege geöffnet, die falsch und dem Sozialismus fremd sind“ und habe „den Weg für revisionistische Ansichten und Tendenzen geebnet“. Die dänischen Kommunisten dürften die Sowjetunion nicht kritisieren, weil es nur zwei Fronten — den Kapitalismus und den Sozialismus — gebe und die Kommunisten sich hundertprozentig auf die Seite des Sozialismus stellen müßten.

Larsen trat am zweiten Kongreßtag zurück.

Neue Ära für die Kirche?

Papst Johannes XXIII. — Die Persönlichkeit und ihre Ziele

Von unserem Korrespondenten

H. Rom, Anfang November

Die Persönlichkeit des neuen Papstes Johannes' XXIII. wurde schon in den ersten 24 Stunden seines Pontifikats in den Grundzügen ebenso sichtbar wie gewisse Grundlinien seiner oberhirtlichen Handlungsweise. Unmittelbar nachdem Angelo Roncalli die Worte: „Ich nehme an“ gesprochen hatte und damit Papst Johannes XXIII. wurde, kniete er in der Sixtinischen Kapelle vor dem gesamten Kardinalskollegium nieder und weinte. Er weinte lange und aus vollem Herzen. Es war ein erschüttertes und erschütterndes Weinen, in welchem sich Überwältigtsein, Dankbarkeit, Freude und das besorgte Wissen um die große Schwere der neuen Verantwortung mischten. Dann sammelte der Papst sich zum Gebet. Als er auf die Loggia von St. Peter trat, war seine Stimme von kraftvoller Energie getragen, und alle Hörer waren davon überrascht und beeindruckt.

Frömmigkeit und Demut, aber auch Festigkeit, starker Wille, Selbstbewußtsein und Zielstrebigkeit vereinten sich also schon in der ersten Stunde. Unmittelbar danach folgten die ersten Amtshandlungen, die Ernennung des Konklavesekretärs Msgr. Jorio zum Kardinal durch einfache Überreichung seiner eigenen Kardinalsmütze und die Beförderung des bisherigen Maestro di Camera Msgr. Callori die Vignale zum Majordomus der Vatikanpaläste. Mit der ersten Ernennung knüpfte Johannes XXIII. an eine Tradition an, die seit Leo XIII. unterbrochen gewesen ist. Die Stellung eines Majordomus war seit Jahrzehnten unbesetzt geblieben.

In Rom sind diese Vorgänge sofort als symbolisch erkannt und bezeichnet worden. Der ausgezeichnete Kenner vatikanischer Verhältnisse, Silvio Negro, schreibt im „Corriere della Sera“: „Es soll damit gezeigt werden, daß sich im Vatikan der Stil ändert, daß dort eine neue Epoche beginnt.“ Gemeint ist damit in erster

Linie, der neue Papst werde zunächst so schnell wie möglich zahlreiche unbesetzte und dadurch inaktive Ämter der Kirche besetzen und ein Konsistorium einberufen, um das Kardinalskollegium auf das Plenum von 70 zu bringen.

Ziel: Weltbefriedung

Wenn man annehmen kann, daß Johannes XXIII. der Kirchenverwaltung wieder ihre volle Kraft geben will, so kann man jetzt schon sicher sein, daß dies auch dem moralisch-politischen Ziel einer Weltbefriedung dienen wird, dem Versuch, an der Überwindung der Trennung der Welt beizutragen, selbstverständlich ohne unmögliche Zugeständnisse an die Kommunisten, jedoch auch ohne Rücksicht auf hyperkonservative Integralisten, welche die Kirche am liebsten zur Bannerträgerin von Gruppen politischer Sonderinteressen machen möchten.

Es wird dies ausdrücklich vom römischen „Messaggero“, welcher der Regierung Fanfani nahesteht, unterstrichen, wenn er schreibt: „Johann XXIII. ist frei von jeder Art von Banden, die man als traditionalistisch bezeichnen kann und die jeder Achtung wert sind, jedoch nicht selten die Initiative eines Papstes eingeengt haben.“ Das gleiche Blatt meint, der langjährige Aufenthalt des einstigen apostolischen Legaten „in osteuropäischen Ländern unter schismatischer Kirchenverwaltung wird vielleicht deren Annäherung an die katholische Kirche erleichtern“.

Freund der Arbeiter

Ministerpräsident Fanfani begrüßte die Wahl Roncallis mit herzlichen Worten, ebenso freundlich aber auch Giuseppe Saragat, der Chef der mit ihm verbundenen Sozialdemokratischen Partei Italiens. Saragat schreibt in seinem Blatt „Giustizia“: „Wir schließen uns der Freude der katholischen Arbeiter an.“ Saragat, der 1944 italienischer Botschafter in Paris gewesen ist, hatte dort oft Gelegenheit, dem damaligen Nuntius zu begegnen und seine

Menschenfreundlichkeit kennenzulernen. Selbst einige anti-kommunistische Nenni-Sozialisten sahen in der Wahl Roncallis ein Symptom für die Tendenzen, die erstarrten ideologischen Fronten der Welt aufzulockern. Nur die Faschisten und Kommunisten verhalten sich mit ihrem Urteil zurückhaltend. Deutsche Persönlichkeiten im Vatikan und an der deutschen Botschaft am Heiligen Stuhl äußerten die Ansicht, daß auch das deutsche Volk mit dieser Wahl zufrieden sein könne, zumal Roncalli seine Aufgeschlossenheit gegenüber den deutschen Problemen bewiesen habe.

Ein Humanist

Der ehemaligen Nuntius-Tätigkeit in Paris gedenken die Franzosen mit besonderer Emphase. Sie rechnen mit einem verstärkten Einfluß der sechs französischen Kardinäle in bezug auch auf weltanschaulich geschlossenes, zeitgenössisch dynamisches, nicht nur traditionalistisches theologisches Denken, im Sinne dessen, was man die „theologische Avantgarde Frankreichs“ bezeichnet hat — eine „Avantgarde“, die in Kreisen der Ultrakonservativen in Rom keineswegs immer auf Sympathien stieß. In diesem Zusammenhang wird oft davon gesprochen, Johannes XXIII. werde seinen Freund, Msgr. Montini, den Erzbischof von Mailand, bald zu seinem Staatssekretär und bei nächster Gelegenheit zum Kardinal machen. Doch sind solche Vermutungen noch zu früh. Montini selbst hat die Wahl Roncallis aus verständlichen Gründen mit großer Freude begrüßt. Montini lobte die gütige Menschlichkeit Roncallis, sein frommes Priestertum und seine diplomatischen Fähigkeiten. Außerdem liebe der neue Papst sehr den Humanismus, die Kunst und das geistvolle, auch witzige Gespräch.

„Vom Volke geboren“

Der neue Papst wurde „Vom Volke und mit dem Volke ge-

Fortsetzung auf Seite 6

Hintergründe der „SOS“-Verhaftungen

Früherer Mitarbeiter des „Neuen Deutschland“ war Chefredakteur

Berlin (Eigenmeldung). Eine in Westberlin erscheinende Zeitung für „weltweite Verständigung“ mit dem Namen „SOS“ hat ihr Erscheinen eingestellt. Ihr verantwortlicher Chefredakteur Manfred Röhling und fünf seiner ständigen Mitarbeiter sitzen hinter Gittern, im Untersuchungsgefängnis sorgfältig voneinander getrennt.

Es handelt sich um den 54-jährigen Inhaber des SOS-Verlages, Oskar Fanselow aus Neukölln, den 39-jährigen Chefredakteur Manfred Röhling aus Grunewald, den 29-jährigen Redakteur Horst Esser aus Wilmersdorf und drei freie Mitarbeiter, den 56-jährigen Wilhelm Tichauer aus Wilmersdorf, den 47-jährigen Paul Schulz aus Britz und den 32-jährigen Hartmut Bunke aus Zehlendorf. Sie stehen, wie gemeldet, unter dem schweren Verdacht der Agententätigkeit und der Konspiration mit östlichen Dienststellen. Die Redaktions- und Verlagsräume der Zeitung „SOS“ wurden von der Kriminalpolizei eingehend durchsucht. Das Ergebnis ist bisher noch nicht bekanntgegeben worden, da fieberhaft weiter ermittelt wird.

Der durch die Verhaftung offenkundig gewordene Verdacht gegen diese Zeitung, östlichen Interessen zu dienen, ist nicht neu. Schon Mitte dieses Jahres hatte man ihre Mitarbeiter scharf unter die Lupe genommen. Der in Berlin-Grunewald wohnende Manfred Röhling war früher Redaktionsmitglied der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ und Mitarbeiter des kommunistischen „Ausschusses für Volksbefragung“. Dieser Ausschuss wurde seinerzeit durch Senatsbeschluß verboten und aufgelöst.

Bei Gründung der Zeitung „SOS“ erschien sie zunächst mit dem Untertitel „Organ der Notgemeinschaft für den Frieden Europas“. Die Leser dieser Zeitung ahnten nicht, daß das Blatt sich einer nach außen hin nicht sichtbaren kommunistischen Förderung erfreute. Als dieser Untertitel anscheinend nicht mehr zog, änderte man ihn in „Deutsche Friedensgesellschaft Landesverband Berlin“ um. Dagegen wehrte sich jedoch schon bald der Bundesvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft, und so lautete

der Untertitel der nächsten Ausgabe „Zeitung für weltweite Verständigung“.

Die Herausgeber verstanden es meisterhaft, den Eindruck zu erwecken, als bestände zwischen ihnen und demokratischen Parteien und Organisationen vollstes Einverständnis in grundsätzlichen Fragen gemeinsamer Politik.

Das Mißtrauen gegen die Herausgeber der Zeitung verschärfte sich dann, als das Blatt in der Ausgabe vom 2. Mai dieses Jahres sehr offensichtlich Wahlpropaganda für die SED machte. Der Verdacht tauchte auf, daß Röhling seine Zeitung aus östlichen Zuwendungen finanzierte. Die Auflage betrug seinerzeit lediglich 3000 Exemplare, und man mußte sich den Kopf darüber zerbrechen, wie die Redaktion in der Lage sein konnte, häufig Sonderauflagen bis zu 50 000 Stück kostenlos zu verbreiten. Röhling hatte seinerzeit entschieden bestritten, vom Osten finanziert zu werden. Er sprach von Spenden von „Gesinnungsfreunden“, die allerdings keinen Wert darauf legten, ihre Namen genannt zu wissen. Spenden hatte die Zeitung tatsächlich erhalten; das ergab eine Prüfung der Finanzlage der Zeitung. Es wurde aber auch festgestellt, daß es sich „um Personen handelt, bei denen unterstellt werden muß, daß sie ihren ständigen Wohnsitz im sowjetisch besetzten Gebiet haben“.

Der feste Leserkreis dieser Zeitung war nur sehr gering. Aufschlußreich jedoch die Teilnehmer an den ständigen Leserversammlungen, die diese Zeitung periodisch abhielt. Dieser Kreis setzte sich aus wenigen politischen Gutgläubigen, in der Hauptsache aber aus Mitgliedern kommunistischer Tarnorganisationen, wie „Berliner Friedensrat“, „Nationale Front“ und „Gesellschaft für Deutsch-

Sowjetische Freundschaft“, zusammen.

Die Ermittlungen werden fortgesetzt. Soviel scheint aber schon jetzt festzustehen: die Herausgabe der Zeitung „SOS“ wurde mit östlichen Mitteln finanziert.

Neue Ära?

Fortsetzung von Seite 5

boren“, schreibt der römische „Messaggero“. Er hat mannigfache Erfahrungen: als Priester, als Seelsorger, als Kirchenverwalter, als Diplomat, als Kirchenfürst. Verschiedene Sprachen beherrscht er, so Französisch, Spanisch und Rumänisch, von anderen besitzt er wenigstens elementare Kenntnisse, so u. a. von der deutschen Sprache. Im Laufe seiner langen priesterlichen Tätigkeit hat er sich vor allem Verständnis erworben für die Probleme der modernen Industriegesellschaft, insbesondere für die vielfach nicht nur materiell, sondern auch seelisch und geistig unerfüllte Arbeiterklasse in manchen Ländern Europas und in Übersee.

Der gute Steuermann

Man hat schließlich versucht, die Prophezeiung des Malachias in bezug auf sein Pontifikat zu deuten. Was hat Angelo Roncalli mit der Kombination „Pastor et Nauta“, Seelenhirt und Schiffer, zu tun? Roncalli hat mit dem für ihn charakteristischen Humor lachend die Version aufgenommen, es weise dies auf seine Gewohnheit hin, in Venedig, wo er Patriarch war, für seine Besuche Motorboote zu benutzen, und er müsse daher Motorbootschiffer heißen. Der „Osservatore Romano“ deutet die Prophezeiung auf seine Art: der Seelenhirt sei Seemann in den Gewässern der Welt, und es gehöre zu seinem Amt, dem Sturm Einhalt zu bieten und die Wasser zu beruhigen. Sicher wird der „Seemann“ Johannes XXIII., der auch ein guter Steuermann sein muß, manchen Klippen und Untiefen begegnen. Seine Freunde meinen, er habe, trotz seines hohen Alters, dazu den Mut und die Kraft.

Pasternak schreibt an Chruschtschow

„Lassen Sie mich in Rußland bleiben“

Moskau (ap). Der russische Schriftsteller Boris Pasternak hat sich an den sowjetischen Parteichef und Ministerpräsidenten Chruschtschow mit der Bitte gewandt, ihn nicht aus der Sowjetunion auszuweisen. Ein Leben außerhalb Rußlands, mit dem er durch seine Geburt, sein Leben und seine Arbeit verbunden sei, so versicherte Pasternak in seinem Brief an Chruschtschow, könne er sich nicht vorstellen. Kurz nach der Bekanntgabe dieses Briefes durch Radio Moskau teilte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS amtlich mit, daß es Pasternak freistehe, die Sowjetunion zu verlassen.

Pasternak, der eine Abschrift seines Briefes auch dem Zentralkomitee der sowjetischen KP zugehen ließ, erklärt wörtlich: „Die Grenzen meiner Heimat zu verlassen, ist für mich gleichbedeutend mit dem Tod, und ich bitte Sie, nicht diese äußerste Maßnahme gegen mich zu ergreifen. Ich kann sagen — mit der Hand auf dem Herzen —, daß ich etwas für die sowjetische Literatur getan habe und ihr noch nützlich sein kann. Was auch meine Fehler und Irrtümer gewesen sein mögen, so konnte ich mir nicht vor-

erklärte TASS, daß Pasternak, der „in seinem antisowjetischen Buch ‚Dr. Schiwago‘ die soziale Ordnung und das Volk verleumdete“ habe, nach wie vor die Möglichkeit habe, die Grenzen der Sowjetunion zu verlassen, um persönlich alle „Herrlichkeiten des kapitalistischen Paradieses“ zu erleben. Von einer

Möglichkeit, in die Sowjetunion zurückzukehren, wird in dieser Erklärung nicht gesprochen. Ebensowenig darüber, ob Pasternak beim Verlassen der Sowjetunion von seiner Familie begleitet werden könnte. Der Brief des russischen Schriftstellers nimmt offenbar Bezug auf die vom sowjetischen Schriftstellerverband erhobene Forderung, ihm die sowjetische Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Auch veröffentlicht das Organ des Verbandes „Literaturnaja Gasjeta“ eine Reihe von kritischen Stimmen aus allen Teilen der Sowjetunion, deren Ton die Forderung ist: „Wert ihn raus!“

100 Raketen-Bataillone bis 1963

General Norstad über die NATO-Pläne

Paris (ap/dpa). Die schnelle Umstellung der Landstreitkräfte der NATO auf die Fernwaffenkriegführung kündigte General Norstad, der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, in Paris an. Bis 1963 soll die Zahl der Raketen-Bataillone auf 100 erhöht werden. Durch diese Umstellung der Landstreitkräfte können, wie Norstad sagte, etwa 30 bis 40 Geschwader herkömmlicher Flugzeuge außer Dienst gestellt werden. Die verbleibenden Luftstreitkräfte sollen durch Verwendung neuer Flugzeugtypen und durch vermehrten Einsatz von Raketenwaffen immer „auf der Höhe“ gehalten werden; Befürchtungen, daß die Luftstreitkräfte der NATO etwa bis zum Jahre 1961 überholt sein könnten, seien daher gegenstandslos.

Bedingungen in den einzelnen Ländern so verschieden, daß man keine allgemeingültigen Empfehlungen geben könne.

„Dr. Schiwago“ in der UdSSR?

Den Haag (ap). Eine russische Ausgabe des „Dr. Schiwago“ ist nach Mitteilung des italienischen Verlegers Feltrinelli, dem Pasternak das Buchmanuskript mit allen Rechten überlassen haben soll, inzwischen in einer holländischen Druckerei unberechtigt gedruckt worden. Auch behauptete Feltrinelli, daß 1200 Exemplare dieser russischen Ausgabe während der letzten Wochen der Brüsseler Weltausstellung vom Informationsamt des vatikanischen Pavillons verteilt und auf diese Weise in die Sowjetunion gelangt seien. Hierzu erklärte ein Sprecher des vatikanischen Presseamtes, daß darüber in der Vatikanstadt nichts bekannt sei.

Rom weist Protest zurück

Rom (ap/dpa). 48 Stunden nach der Überreichung hat die italienische Regierung am Montag einen sowjetischen Protest gegen die Errichtung von Abschussbasen für Mittelstreckenraketen auf italienischem Gebiet „mit Entrüstung zurückgewiesen“. Im Auftrage des Ministerpräsidenten erklärte ein Sprecher, die Sowjetunion habe keinerlei Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Italiens einzumischen, zu denen eindeutig Verteidigungsmaßnahmen gehörten.

In der Note hatte die Sowjetunion behauptet, die Errichtung von Abschussbasen für Raketen in Italien verstärke die Gefahr eines Atomwaffenkrieges in Europa. In der heutigen Zeit sei aber ein Krieg, in dem Raketen verwendet werden, ein Atomkrieg mit all seinen katastrophalen Folgen für die Bevölkerung.

stellen, daß ich in das Zentrum einer solchen politischen Kampagne geraten würde, die im Westen in meinem Namen entfacht wurde.“

Weitere direkte Zitate aus dem Brief Pasternaks wurden bisher in der Sowjetunion nicht veröffentlicht. Im Anschluß an die Bekanntgabe des Briefes

Norstad gab den Journalisten einen Bericht über die Untersuchung der NATO-Studiengruppe zur Feststellung der idealen Wehrdienstdauer. Danach lassen die Ergebnisse erkennen, daß der durchschnittliche Soldat nach 12 bis 15 Monaten immer noch lerne. Das bedeutet für die Regierungen, daß sich die Ausbildung erst nach dieser Frist zu lohnen beginnt. Allerdings seien die

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE: Oben: Papst Johannes XXIII. gekrönt. Der Augenblick der Krönung. Kardinal Canali setzt dem Papst die Tiara aufs Haupt. — Unten: Im alten Königspalast von Madrid überreichte Frau Vijaya Lashmi Pandit, die Schwester des indischen Ministerpräsidenten Nehru, ihr Beglaubigungsschreiben als Botschafterin Indiens Staatschef Franco.

